

MANDANTENINFORMATION

Stand: 12'2019

A - Sicherheitseinrichtung für Kassensysteme

B - Belegausgabeverpflichtung

A - Kassensystem muss über **technische Sicherheitseinrichtung (TSE) verfügen**

Ab dem Jahr 2020 müssen Kassen und Kassensysteme zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen vorsehen und durch eine sogenannte **technische Sicherheitseinrichtung (TSE)** geschützt sein, die bestimmte Vorgänge in der Kasse manipulationssicher protokolliert.

Das dabei konkret eingesetzte TSE-Modell muss durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifiziert sein und ist der Finanzverwaltung zu melden

- neu angeschaffte Kassensysteme (ab 2020) müssen über eine TSE verfügen
- vorhandene Kassensysteme sind um hinsichtlich der TSE nachzurüsten
 - o Nachrüstung grds. bis 01.01.2020; spätestens aber bis 30.09.2020
[Nichtaufgriffsregelung (BMF 26.09.19)]
 - o *Ausnahmeregelung* bis 31.12.2022
 - Wenn Aufrüstung / Nachrüstung TSE bauartbedingt nicht möglich ist
→ **schriftliche Bestätigung Hersteller** dazu erforderlich
- Meldepflichten: An die die Finanzverwaltung ist - spätestens einen Monat nach Anschaffung oder bei Außerbetriebnahme - zu melden
 - o Art der TSE,
 - o Art und die Anzahl der verwendeten elektronischen Aufzeichnungssysteme,
 - o Seriennummern des Systems
 - o Datum der Anschaffung des bzw. der Systeme

→ Meldung muss bis 31.01.2020 bzw. 30.09.2020 erfolgen

B - Belegausgabepflicht (§ 146 a Abs.1Satz 1AO)

Wer ein elektronisches Kassensystem nutzt, **muss seinen Kunden ab 2020 ungefragt einen Beleg zur Verfügung stellen** und zwar unabhängig davon, ob der Kunde den Beleg entgegennimmt.

Grundsätzlich kann ein Beleg elektronisch oder in Papierform zur Verfügung gestellt werden (§ 6 Satz 3 KassenSichV).

Eine elektronische Bereitstellung des Belegs bedarf allerdings der Zustimmung des Kunden und muss in einem standardisierten Datenformat wie z.B. JPG, PNG oder PDF erfolgen und auf einem Endgerät des Kunden mit einer kostenfreien Standardsoftware lesbar sein.

Ausnahme:

Auf Antrag und Zustimmung der Finanzverwaltung **kann** bei einem Verkauf von Waren an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen aus Zumutbarkeitsgründen von einer Belegausgabepflicht abgesehen werden.

Ausschlaggebend könnte hier sein, ob die Belegausgabeverpflichtung beeinträchtigend wirkt, bspw. durch Bildung von Warteschlangen etc.